

SVP *ja*

SVP
UDC

Die Zeitung des Mittelstandes

Bildung zählt!

Die Bildung leistet einen wichtigen Beitrag für das Verständnis und den Zusammenhalt unseres Staates, unserer Kultur, unserer Unabhängigkeit und Freiheit. Das neue SVP-Bildungspapier zeigt auf, weshalb Bildung und Forschung zu den wichtigsten Gütern unseres Landes gehören. Die Bildung ist aber nicht nur eine Aufgabe der Politik, sondern liegt vor allem auch in der Eigenverantwortung der Eltern und jedes Einzelnen.

Seiten 7 bis 9



Erdrückende Soziallast

Seite 4

Nationalrat Toni Bortoluzzi zu den enormen Problemen bei den Sozialwerken

Endlich den Spar-Schwindel aufdecken!

Seite 6

Nationalrätin Jasmin Hutter zur besorgniserregenden Lage der öffentlichen Finanzen

Grundsatz wird ausgehöhlt

Seiten 14 - 15

Nicolas von Werdt zur Haltung des Bundesrates bei der Unternehmenssteuerreform II



So werden wir angelogen!

Die Frage, warum die Schweiz, wenn sie schon die Ost-Freizügigkeit einführen soll, zugunsten dieser Osterweiterung auch noch eine Milliarde aus der überschuldeten Bundeskasse in den EU-Kohäsionsfonds zahlen soll, ist auch nach dem Ja des Schweizer Volkes am 25. September nicht beantwortet. Mit der Schaffung einer klaren Rechtsgrundlage für diese Zahlung wollte man den Abstimmungskampf natürlich nicht belasten.

Vielmehr beschränkte man sich im Vorfeld des Abstimmungskampfes darauf, dem Volk zu versichern, dass diese Milliarde in den Budgets des EDA und des EVD kompensiert würden. Doch jetzt, nachdem Schengen/Dublin und die Personenfreizügigkeit vom Volk gutgeheissen worden sind, will man nicht mehr dazu stehen. Gegen den Willen der SVP wurde sogar ein Postulat verabschiedet, gemäss welchem der Kohäsionsbeitrag nicht auf Kosten der öffentlichen Entwicklungshilfe zu finanzieren ist.

Ursprünglich hatte der Bundesrat erklärt, dass der Entscheid über die von der EU geforderten Zahlungen in den Kohäsionsfonds losgelöst von der Frage der Bilateralen II und der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit gefällt werde. Dies, um zu verhindern, dass die Schweiz beim Beitritt weiterer Länder wie Kroatien, Rumänien und Bulgarien zur EU wiederum zur Kasse gebeten wird. Doch als die Bilateralen II und insbesondere Schengen/Dublin ins Stocken gerieten, preschte Bundesrätin Calmy-Rey vor und sicherte EU-Kommissar Patten vor Abschluss der Verhandlungen die Milliarde (am Telefon!) verbindlich zu. Damit wurde Schengen/Dublin erkaufte.

Die SVP ist der Ansicht, dass auf jeden Fall keine Beiträge zu leisten sind, aus denen leicht regelmässige Zahlungen werden können. Zudem darf die Milliarde nur mit der gleichzeitigen Erfüllung von konkreten Forderungen ausgerichtet werden. Doch der Antrag der SVP, die Aufhebung der Diskriminierung des Flughafens Zürich-Kloten sowie die dauerhafte Respektierung des Schweizerischen Bankkundengeheimnisses und der Souveränität der Schweiz in Steuerfragen zur Bedingung zu machen, wurde abgelehnt. Aussenpolitik ist Interessenpolitik – zugunsten des eigenen Volkes. Davon scheinen die Mehrheit der Mitglieder der aussenpolitischen Kommissionen noch nicht viel zu wissen. ◀

Nationalrat Ueli Maurer, Parteipräsident SVP

Ueli Maurer: 10 Jahre SVP-Präsident



Am 27. Januar 1996 wählten an der SVP-Delegiertenversammlung 333 Delegierte Nationalrat Ueli Maurer zum Präsidenten der SVP. 62 Delegierte enthielten sich der Stimme, 27 stimmten gegen den neuen Präsidenten. Ueli Maurer trat die Nachfolge von Ständerat Hans Uhlmann an, welcher die Partei von 1988 bis 1996 präsidiert hatte. Mittlerweile ist Ueli Maurer mit Abstand der amtsälteste und erfahrenste Parteipräsident in der schweizerischen Politlandschaft.

Bereits Hans Uhlmann gelang es, den Wähleranteil von 11 auf 14,9 Prozent zu steigern. Unter der Präsidentschaft von Ueli Maurer wuchs der SVP-Wähleranteil bekanntlich von 14,9 auf sagenhafte 26,7 Prozent. Die SVP wurde zur grössten und stärksten Partei in der Schweiz und stellt mittlerweile auch 2 Bundesräte. Zudem ist die SVP als einzige Partei in sämtlichen Kantonen mit einer Sektion vertreten und verfügt auch in allen Kantonen über Sitze im Parlament.

Diese Erfolge sind nicht zuletzt das Resultat des enormen Einsatzes unseres Parteipräsidenten Ueli Maurer, dem an dieser Stelle herzlich zum zehnjährigen Amtsjubiläum gratuliert sei!



Die Milliarden und der Verfassungsauftrag

Von Theodor Fontane ist der Rat an einen Reisenden überliefert, von Zeit zu Zeit einen Roman zu lesen, um die eigene Phantasie *abzukühlen*. Der Dichter wusste ohne Zweifel um die Wirkung, welche ein Wechsel des Standorts haben kann. Unlängst habe ich Mali besucht. Es schadet nichts, die Probleme eines armen afrikanischen Binnenlandes zu sehen, dessen 12 Millionen Einwohner zu zwei Dritteln von Landwirtschaft und Fischfang leben und wo eine kleinstädtische Klinik einen geringeren Medikamentenvorrat zur Verfügung hat, als der mitreisende Oberfeldarzt für die kleine Schweizer Delegation allein.

Es schadet auch nichts, sich die Proportionen in Erinnerung zu rufen: Das gesamte Bruttosozialprodukt Malis entspricht ungefähr dem Betrag, welchen bei uns die öffentlichen Hände (Bund, Kantone und Gemeinden zusammen) aufwenden, um ihren gegen 250 Milliarden Franken wachsenden Schuldenberg zu verzinsen. Ein Grund zum Jammern? Vielleicht, vielleicht aber auch nicht: So lange wir mit wirklichem Ernst daran arbeiten, den Berg *nicht noch grösser* werden zu lassen, so lange unsere leidlich freie Wirtschaft Überschüsse abwirft, welche wenigstens *die Verzinsung* ermöglichen, ohne dass die Handlungsfähigkeit des Bundes bei seinen verfassungsmässigen Aufgaben (50 Milliarden im Jahr) substantiell beeinträchtigt *oder* die Steuerlast auf dem Einzelnen, auf der Einzelnen oder auf den Firmen *all zu gross* ist, so lange uns das *alles zusammen* gelingt, *auch* auf den Ebenen von Kantonen und Gemeinden, können wir der Zukunft guten Mutes entgegenblicken.

Was allerdings *nicht* mehr möglich ist, ist eine nun definitiv konsumierte Dividende ein weiteres Mal einzufordern. Um einen Viertel *nominal*, von 6 auf 4 1/2 Milliarden Franken, ist der Aufgabenbereich Landesverteidigung seit 1990 zusammengestrichen worden, während die gesamten Aufwendungen des Bundes von rund 30 auf rund 50 Milliarden *gestiegen* sind und darunter insbesondere der Teil soziale Wohlfahrt von rund 7 auf 15 Milliarden Franken. So etwas mehr als die Hälfte allein *des Wachstums* des Aufgabenbereichs soziale Wohlfahrt seit 1990 beträgt der Aufgabenbereich Landesverteidigung heute noch, bei einer gegenüber 1990 nun keineswegs mehr reduzierten Bedrohung. Es ist an der Zeit, sachte, aber bestimmt daran zu erinnern, dass die Entwicklung so nicht weitergehen kann ohne die Erfüllung des Verfassungsauftrags zu verunmöglichen. Konzeptionen zu fordern ist legitim, wenn man danach bereit ist, die zu ihrer Umsetzung notwendigen Mittel zu bewilligen. Darauf aber bauen wir!

Bundesrat Samuel Schmid



Bundespräsident
Moritz Leuenberger (SP)

Ein feiner Staub

Der **FETTNAFF DES MONATS** geht diesen Monat an den **Bundespräsidenten Moritz Leuenberger**. Wie schön! Die von ihm beauftragten gestalterischen Jugendlichen bringen Bundespräsident Leuenberger dem Schweizer Kreuz näher. Wenigstens in der Neujahrsansprache sowie auf dem aktuellen Portrait des Bundesrates. In dieser Weise ermutigt zu neuen Taten, um nicht zu sagen Aktivismus, eröffnete Leuenberger sein Präsidentschaftsjahr mit einem alten, aber immer wieder gern präsentierten Thema: der Filterpflicht.

Der Filter soll nun auf nahezu allem, was Räder hat, obligatorisch werden. Der Anlass dazu? Der Feinstaub! Wurden vor Jahren Heerscharen eingesetzt und Bibliotheken geschrieben betreffend Waldsterben und Ozonloch – die damaligen Erkenntnisse sind inzwischen weitgehend Makulatur - haben wir glücklicherweise einen neuen Gegner. Auch der Feinstaub wird sich wohl wieder verziehen, aber in einiger Zeit werden wir ohne Zweifel einem neuen, noch viel höllischeren Schadstoff ins Auge sehen, und wohl einer neuen Filtergeneration dafür. Die Lust an Katastrophenmeldungen ist enorm betriebsam, denn für die Medien ist bekanntlich die einzig wahre Katastrophe, wenn's gerade keine solche zu verkünden gibt. Wenigstens schadet der Feinstaub dem Hirn nicht weniger als die tägliche Dosis „Blick“.

Soweit ist alles klar. Der Bundespräsident, für den Autofahren grundsätzlich Körperverletzung ist, ist wieder bei seinem Leisten. Nicht am „Leisten“ als Begriff der Tätigkeit freilich. Denn was auf manch tatsächlich relevanten Dossiers von Herrn Leuenberger inzwischen liegt, dürfte mehr als ein Quentchen Feinstaub sein.

Die Soziallast erdrückt uns

Ob es uns gefällt oder nicht: Auch in diesem Jahr spielen die Sozialwerke eine zentrale Rolle in der Bundespolitik. Es gibt verschiedene Gründe, warum sie einen immer zentraleren Platz in der Politik einnehmen:

Erstens

Unsere Sozialwerke sind zwar schon auf einem äusserst hohen Niveau und dennoch werden sie immer mehr ausgebaut. Der Ausbau jeder Versicherung führt zu einer Übertragung von Verantwortung. Bei einer Sozialversicherung wird die Verantwortung an den Staat übertragen. Jeder Einzelne hat dadurch weniger Freiheit und Gestaltungsspielraum. Fast ein Drittel unseres Einkommens ist mittlerweile durch die Sozialwerke blockiert. Dies stört den freien Bürger, der gewillt ist, Verantwortung zu übernehmen.

Zweitens

Noch 1990 war die Schweiz mit einer Soziallastquote von ca. 20% auf den hintersten Plätzen der europäischen Länderrangliste. Seither fand eine ungeheure Expansion statt, welche noch immer anhält. 2003 hat die Schweiz mit einer Soziallastquote von knapp 30% die alten EU-Länder, welche vornehmlich sozialistisch regiert sind, überholt. Nur wenige skandinavische Länder haben einen noch extensiveren Sozialstaat. Alleine der Bund gab im Jahr 2004 über 13,8 Mia. Franken zur Finanzierung der Sozialwerke aus. Hinzu kommen die Ausgaben von Privaten, Gemeinden und Kantonen.

Drittens

Trotz der hohen Abgabelast sind die bestehenden Sozialwerke finanziell nicht gesichert. So wird beispielsweise



die AHV per Ende 2010 faktisch illiquid sein, die IV verfügt bald über Schulden von 8 Mia. Franken, die ALV von 5 Mia. Franken. Hinzu kommt der jährliche Anstieg der Gesundheitskosten von 4-8%, welche die Bevölkerung kaum mehr bezahlen kann. Ausserdem sind die BVG-Leistungen allgemein zu hoch. Dies bedeutet, dass die Rentner heute auf Kosten der aktiven Bevölkerung Leistungen beziehen, welche durch ihre Beiträge nicht gedeckt sind.

Viertens

Obwohl die bisherigen Sozialwerke nicht zu finanzieren sind, werden neue Sozialwerke geschaffen: So wurde vor Jahresfrist eine Mutterschaftsversicherung eingeführt. Der Staat beteiligt sich neu an Krippenplätzen, die bisher privat organisierten Familienzulagen werden harmonisiert und zu einer Sozialversicherung ausgebaut. Auch in bestehenden Sozialwerken wird die politische Agenda durch die immer lauter werdenden Ausbauwünsche bestimmt.

Sanierung statt Expansion

Kaum jemand fragt heute, wie man die Sozialwerke finanzieren kann. Doch nur schon die demographische Entwicklung macht die Finanzierung der Sozialwerke zu einer ungeheuer schwierigen Aufgabe.

So sind wohl zusätzliche Abgaben in der Höhe von rund 8-10 Mehrwertsteuerprozenten nötig, um die bestehenden Sozialwerke über die nächsten 20 Jahre zu sichern. Eine solche Erhöhung wäre fatal für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Kommen noch neue Sozialbegehren hinzu, wird die Finanzierung der Sozialleistungen zu einem Ding der Unmöglichkeit.

Dann werden wir vor der Wahl stehen: Wollen wir die Wirtschaft durch überhöhte Sozialabgaben abwürgen und damit alles Wachstum verhindern oder wollen wir noch mehr Schulden machen und damit noch mehr auf Kosten der zukünftigen Generationen leben?



▶ Nationalrat Toni Bortoluzzi, Affoltern am Albis (ZH)

Was ist zu tun, angesichts dieser bedrückenden Situation, in welcher sich die Sozialwerke befinden?

1. Es muss zunächst einmal sichergestellt werden, dass keine neuen Sozialwerke geschaffen und die bisherigen Sozialwerke nicht weiter ausgebaut werden.

2. Die bestehenden Sozialwerke sind nachhaltig unter Einbezug aller Betroffenen zu sanieren. Die Missbräuche sind konsequent zu bekämpfen.

Die SVP setzt ihre konsequente Parteilinie über alle Sozialwerke gleichermassen an. Es geht darum, Missbrauch zu bekämpfen, die Finanzierbarkeit für die bestehenden Sozialwerke sicherzustellen und zu verhindern, dass bestehende Sozialwerke ausgebaut und neue Sozialwerke geschaffen werden, bevor die Finanzierung der Bestehenden gesichert ist. ◀

Wir sehen

die Talente von Morgen.

Kinder haben ein Recht darauf zu Lernen und dabei ihr volles Potential auszuschöpfen. Daher ermöglichen wir mit unserer globalen Bildungsinitiative «Partners in Learning» Schweizer Primarschulen den Erwerb von Microsoft Software zu speziell günstigen Konditionen. Denn wir möchten, dass Kinder ihre Talente voll entfalten können um fit für die Zukunft zu werden.

www.microsoft.com/switzerland/potential/de



Your potential. Our passion.™

Microsoft®

Den Spar-Schwindel aufdecken!

Als junge Politikerin, aber auch als Frau, die wirtschaftliche Verantwortung trägt, beschäftigt mich eine politische Frage ganz besonders: die besorgniserregende Lage der öffentlichen Finanzen. Die ständigen Defizite und der stete Anstieg des Schuldenberges sind eine Hypothek für unsere Zukunft. Wir Jungen werden diese Probleme ausbaden müssen.

Keine zwei Monate ist es her, seit die eidgenössischen Räte das Budget für das neue Jahr beschlossen haben. Einmal mehr präsentierte der Bundesrat einen Voranschlag mit grossem Defizit. Einmal mehr wurde beteuert, die Zitrone sei nun endgültig ausgepresst. Einmal mehr haben sich die Sparversprechen der Mitteparteien in Luft aufgelöst. Und einmal mehr war es einzig die SVP, welche für ein ausgeglichenes Budget gekämpft hat. Die SVP hat bekanntlich auch als einzige Partei den Finanzplan abgelehnt: Um unsere Finanzen in Ordnung zu bringen, genügen die dort vorgesehenen Massnahmen schlicht und einfach nicht.

Wieder 2,7 Milliarden

Das Budget 2006 sieht ein Defizit in der Finanzrechnung von 585 Mio. Franken vor. Doch in der Finanzrechnung des Bundes ist nur der kleinste Teil der Ausgaben enthalten, denn der Bund verfügt über keine konsolidierte Rechnung. 2,1 Mia. Franken zusätzliche Defizite zur Finanzierung der Bundespensionskassen aus der Erfolgsrechnung kommen zum Defizit aus der Finanzrechnung hinzu. Ebenso sind die Defizite der IV und ALV von insgesamt rund 3,5 Mia zu berücksichtigen. Der Bund wird also auch im Jahr 2006 über 6 Mia. Franken mehr ausgeben als einnehmen. Was aber hat dies mit Sparen zu tun? Herzlich wenig. Genau so wenig wie die Tatsache,

dass die Schulden seit der Abstimmung über die Schuldenbremse um rund 5 Mia. Franken pro Jahr oder insgesamt um über 25 Mia angestiegen sind.

Sparen heisst: weniger ausgeben als einnehmen. Und was tut der Bund? Der Bund gibt jedes Jahr mehr aus, als er einnimmt – und macht damit genau das Gegenteil von Sparen. Er konsumiert heute zu viel, auf Kosten zukünftiger Generationen.

Seit 1990 haben sich die Bundesschulden mehr als verdreifacht. Wir haben also noch nicht einmal die Ausgaben der letzten 15 Jahre finanziert! Seit 1990 wachsen die Bundesausgaben weit stärker als die Wirtschaft: Sie werden gemäss Vorstellungen des Bundesrates zwischen 1990 und 2009 um 90% ansteigen. Im gleichen Zeitraum wird die Wirtschaft aber lediglich um 60% wachsen. Die Differenz des relativen Wachstums führt zu einer Ausdehnung der Staatstätigkeit. Kein anderes OECD-Land hatte im gleichen Zeitraum einen stärkeren Anstieg der Staatsquote¹. Der Staat benötigt immer mehr Mittel. Er hindert dadurch Bürger und Unternehmen zunehmend in der freien Entfaltung. Statt die Unternehmen durch Steuersenkungen und verbesserte Rahmenbedingungen zu unterstützen, bürdet der Staat der Wirtschaft immer mehr Pflichten und Vorschriften auf. Kein Wunder, dass unsere Wirtschaft nicht wächst.

Sparen heisst...

Wie gesagt: Sparen heisst: weniger ausgeben als einnehmen. Sparen beim Bund heisst: punktuell geringere Mehrausgaben bewilligen als im Vorjahr. Kein Wunder, dass Staatsausgaben und Schulden permanent zunehmen. **Es ist höchste Zeit, den Sparschwindel von Mitte-Links zu erklären.** Die SVP wird dieses Jahr den Druck auf die anderen Parteien erhöhen, denn wir können uns diese Defizitpolitik nicht länger leisten. Wir brauchen endlich wieder positive Staatsrechnungen – gerade in Zeiten mit anziehendem Wirtschaftswachstum. Ansonsten drohen die Steuern, Abgaben und Gebühren noch weiter erhöht zu werden, um die Defizite zu finanzieren. Zwischen 2004 und 2009 werden die Einnahmen gemäss Plansoll des Bundesrates um über 12 Milliarden ansteigen (Erhöhung der MwSt um 0.8% für die IV; Einführung der CO₂-Abgabe, Erhöhung der LSWA). Auch dieser Trend muss gestoppt werden.

Für 2006 sind aus Sicht der SVP folgende Punkte dringend an die Hand zu nehmen:

- ▶ Die Einführung des Finanzreferendums ist zu forcieren.
- ▶ Die Ausgaben sind auch in den anderen Departementen substantiell zu senken und der Schuldenabbau ernsthaft an die Hand zu nehmen.
- ▶ Die Schuldenbremse ist umgehend zu verschärfen.



▶ Nationalrätin Jasmin Hutter, Altstätten (SG)

▶ Die Unternehmenssteuerreform ist schnellstmöglich im Parlament zu beschliessen und umzusetzen. Sie ist noch verstärkt den Bedürfnissen der Wirtschaft anzupassen.

▶ Die ausufernde Mehrwertsteuergesetzgebung und die willkürliche Mehrwertsteuerpraxis verursachen einen riesigen Aufwand, welcher Wirtschaftswachstum verhindert und die Betriebe belastet. Eine Entlastung der Unternehmen von der Mehrwertsteuerbürokratie ist umgehend nötig.

▶ Die Heiratsstrafe ist abzuschaffen, ohne die Steuern für Alleinstehende zu erhöhen. Der einzige mehrheitsfähige Vorschlag ist ein Teilsplittingmodell. Der Bundesrat soll ein solches Modell umgehend dem Parlament vorlegen.

▶ Der Steuerwettbewerb soll gestärkt werden. Behinderungen des kantonalen Steuerwettbewerbs über Harmonisierungsversuche via EU sind entschieden zu bekämpfen. Beispiele aus den Kantonen Schaffhausen, Obwalden und Appenzell-Ausserrhoden zeigen, dass ein funktionierender Steuerwettbewerb zu mehr Innovation und einer effizienteren Wahrnehmung der Staatsausgaben führt.

Die Schweiz muss sich in der Finanz- und Steuerpolitik wieder für auf ihre alten Stärken besinnen. Nur so kann sie auch wieder zu dem werden, was sie einmal war: Der beste Wirtschaftsstandort weltweit. ◀



Chancen und Risiken in der Bildungspolitik

Die Bildung leistet einen wichtigen Beitrag für das Verständnis und den Zusammenhalt unseres Staates, unserer Kultur, unserer Unabhängigkeit und Freiheit. Bildung ist zusammen mit der Forschung von absolut zentraler Bedeutung für den Wirtschaftsstandort sowie den Werkplatz Schweiz und damit für unseren Wohlstand. Die Bildung ist aber nicht nur eine Aufgabe der Politik, sondern liegt vor allem auch in der Eigenverantwortung der Eltern und jedes Einzelnen. Denn Bildung ist vor allem - und insbesondere nach der obligatorischen Schulzeit - ein **privates Gut**.

Die Eigenverantwortung zeigt sich im Willen, zusätzlich Herausragendes zu leisten. Wer gewillt ist, Zeit, Fleiss und Geld zu investieren, profitiert; er muss allerdings auch willens und in der Lage sein, im Berufsleben die Verantwortung für die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu übernehmen. Daher liegt auch Weiterbildung in der Eigenverantwortung oder allenfalls bei interessierten Unternehmungen, aber nicht beim Staat.

Stichwort Leistung

Unser Bildungswesen krankt seit Jahren daran, dass es zu wenig auf Leistung ausgerichtet ist. **Den traditionellen Leistungsfächern Sprache und Mathematik kommt im internationalen Vergleich ein hoher Stellenwert zu.** Hier hat der Bildungsplatz Schweiz, wie internationale Studien belegen, verloren. Der Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft erlaubt es nicht, Kernkompetenzen zu vernachlässigen. Es tönte im Abstimmungskampf um die Personenfreizügigkeit aus diesen Kreisen bereits nach Kapitulation, als man nach gut ausgebildeten Leuten aus dem Osten rief. Offenbar glaubt man nicht mehr an die Lernfähigkeit und Leistungsbereitschaft unserer eigenen Leute

und an einen Erfolg unseres Bildungssystems.

Im satten Wohlfahrtsstaat kann Bildung leicht als Erziehungsarbeit, pädagogisches Versuchslabor, Pflege von Liebhabereien oder gesellschaftlicher Konditionierung missverstanden oder gar missbraucht werden. Reformen und Geld allein machen noch keine bessere Schule. Unsere Volksschule muss nach dem Reformwahn wieder zur Ruhe kommen. Das Bildungssystem hat sich, auch zum Vorteil aller Lernenden, wieder an klaren Leistungsvorgaben zu messen. **Die Leistungsbereitschaft und die Leistungsfähigkeit müssen auf allen Bildungsstufen gefördert werden.** Wenn heute im Kanton Zürich mehr als die Hälfte aller Schüler wenigstens einmal in ihrer schulischen Laufbahn sonderpädagogische Massnahmen in Anspruch nimmt, kann etwas nicht mehr stimmen. **Damit ist die „68er-Pädagogik“ - leistungsfeindlich und anti-autoritär - gescheitert.**

Auch in der Bildung hat eine von Links dominierte Politik Schaden angerichtet. Es zeigt sich immer wieder, dass alle Schüler grundsätzlich gerne eine ihren Fähigkeiten entsprechende Leistung erbringen, wenn diese auch klar gefordert wird. Schüler lassen sich gerne messen. Was im

Sport und in der Freizeit selbstverständlich ist, wurde in der Schule immer mehr verpönt. **Die SVP ist ebenso klar der Meinung, dass Erziehung Aufgabe der Eltern ist und bleibt.** Eltern haben ihre Kinder in der Erreichung von bestimmten Leistungen zu motivieren und sie darauf vorzubereiten.

Vorbereitung auf die Arbeitswelt

Fast 70 Prozent der Jugendlichen suchen nach der Grundschule einen Berufsabschluss. Diese Zahl ist wesentlich höher als in anderen Ländern, und unser Berufsbildungssystem gehört denn auch weltweit zu den besten. Allerdings wird der Übergang von der Schule in die Berufswelt für Jugendliche immer schwieriger. Die Zahl der Lehrstellen ist unter anderem auch darum rückläufig, weil viele Schulabgänger die Anforderungen für gewisse Berufslehren nicht mehr erfüllen. **Das bedeutet für die Grundschulen und damit auch für diese Lehrkräfte, dass sie sich wieder vermehrt an den Anforderungen der Arbeitswelt orientieren.** Die Grundschule findet nicht im luftleeren Raum statt, sondern sie hat unter anderem Jugendliche zu befähigen, eine erfolgreiche Berufslehre zu absolvieren, womit wir wieder beim Stich-



► Nationalrat Ueli Maurer, Parteipräsident SVP

wort Leistung sind. Wenn der Staat langfristig etwas für ein besseres Lehrstellenangebot tun will, hat er die Schüler in der Grundschule besser auf die Arbeitswelt vorzubereiten.

Qualität vor Quantität

Die leistungsfeindliche Nivellierungspolitik der Linken zeigt ihre negativen Früchte nicht nur in der Grundschul- und Berufsbildung, sondern auch an den Universitäten. Dies kann nicht das Ziel des Standortes Schweiz im internationalen Wettbewerb sein. Hier ist eine **bessere Steuerung zur optimalen Positionierung im internationalen Wettbewerb** dringend notwendig. ◀

Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat!

Inseratetarif auf www.svp.ch

Leistung fordern -

Für eine leistungsorientierte Ausbildung

Die 15 Grundsätze und Forderungen



Die SVP unterstreicht die grosse Bedeutung von Bildung und Forschung für den Wirtschaftsstandort und den Werkplatz Schweiz. Darüber hinaus ist Bildung vor allem ein privates Gut. Wer bereit ist, mehr Geld und Zeit zu investieren, zieht auch den Nutzen daraus. Die Eigenverantwortung nimmt auch in der Bildung eine zentrale Rolle ein. Die Qualität der Angebote ist nicht primär von den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln abhängig, sondern vom Willen Herausragendes zu leisten.



In den Bildungsstätten aller Stufen ist der Qualität und der Leistungsorientierung der Angebote höchste Priorität einzuräumen. Die SVP verlangt, dass sich Schulen und Lehrkräfte verstärkt mit den Anforderungen der Arbeitswelt auseinandersetzen und die Lernenden darauf vorbereiten. Das bedingt, dass den traditionellen Leistungsfächern Sprachen und Mathematik bereits in der Grundstufe eine zentrale Bedeutung zukommt.



Die Erziehung und Begleitung der Kinder gehören in den Aufgaben- und Verantwortungsbereich der Eltern. Die Betreuung über den Unterricht hinaus ist mit Sicherheit keine Aufgabe des Bundes. Wo echte Nachfrage besteht, sind mit regionalen Modellen die bestehenden Bedürfnisse aufzunehmen. Die SVP stellt sich gegen staatliche Eingriffe in die Erziehungsberechtigung und Aufsichtspflicht der Eltern.



Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden sowie einzelnen Bildungsanbietern müssen klar abgegrenzt werden. Die SVP spricht sich gegen eine Zentralisierung des Bildungssystems aus. Diejenigen, die Angebote finanzieren, müssen ein angemessenes Gestaltungsrecht erhalten. Subsidiäre Kompetenzen (gemäss neuem Bildungsartikel in der Verfassung) sind zurückhaltend einzusetzen.



Die Anforderungen des internationalen Wettbewerbs an Bildung, Forschung und Werkplatz Schweiz sind als Herausforderung zu verstehen und Bildung wie Forschung sind darauf auszurichten. Die SVP verlangt, dass die Gymnasialzeit verkürzt wird und die Hochschulen die Kompetenz erhalten, eigene Zulassungskriterien zu formulieren und umzusetzen. Der Bachelor-Abschluss ist generell berufsbefähigend auszugestalten und alle Hochschulen müssen Master-Studiengänge anbieten können. Schliesslich fordert die SVP die Zusammenführung des gesamten Bildungs- und Forschungsbereichs in einem Departement.



Der Wettbewerb innerhalb und zwischen den Bildungsstätten ist eine Notwendigkeit und muss gesichert werden. Private Anbieter müssen vom Bund anerkannt werden, wenn sie die entsprechenden Anforderungen erfüllen. Qualitätskontrolle und staatliche Zertifizierungen für internationale

Angebote sind baldmöglichst zu realisieren. Die SVP verwehrt sich dagegen, dass Angebote nicht gefördert werden.



Finanzierungsbeihilfen sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Die SVP fordert, dass sie nicht von den Hochschulen selber gewährt und nicht von den internationalen Gegebenheiten abhängig werden.



Das schweizerische Hochschulsystem muss auf die internationalen Entwicklungen ausgerichtet werden. Die SVP fordert eine bessere Koordination und eine Finanzierung der Hochschulen. Gleichzeitig muss den Hochschulen die Möglichkeit gegeben werden, eigene Zulassungskriterien zu formulieren und das Stipendienwesen selbst zu organisieren.



Die Schweizer Hochschulen können nur durch die Schöpfung und zum wirtschaftlichen Nutzen der Schweiz beitragen. Die SVP verlangt, dass ihnen eine Mitverantwortung übertragen wird. Insbesondere sind der mathematischen und naturwissenschaftlichen wie die Ingenieurwissenschaften zu unterstützen. Die private Zuwendung an die Hochschulen muss gefördert werden. Mit der Akquisition von Mitteln und Änderungen im Stiftungs- und Steuerrecht muss die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen gefördert werden.



Die Qualität der Bildungsstätten muss durch Leistungs- und Vergleichskriterien sichergestellt werden. Die SVP verlangt, dass namentlich die Leistungen der Hochschulen im Rahmen eines Leistungsauftrages gemessen werden. Insbesondere auf ihren Beitrag an die Wirtschaft zu prüfen und die Ausrichtung von Beiträgen zu überprüfen.



Die duale Berufsbildung schweizerisch ist die qualitativ höchst stehenden Ausbildungen. Die SVP fordert einen starken Praxisbezug als zentrales Element der Ausbildung. Übertriebene Anforderungen an die Lehrlinge durch die Unternehmen, die Lehrlinge ausbilden, sind zu vermeiden. Die Akademisierung der Berufs- und Berufsausbildung ist zu vermeiden und ein mindestens einjähriges Praktikum ist zu fordern.

Leistung fördern

g und eine nutzenorientierte Forschung

ungen der SVP Bildungspolitik

isieren. Im Bereich der Weiterbildung
liche und private Anbieter vorhanden
ass die Weiterbildungsangebote staat-

hnfrage- und leistungsorientiert auszu-
länger durch den Staat sondern durch
mit Leistungskomponenten verknüpft
höhere Bildungsangebote sind gemäss
vorwiegend mittels Darlehen zu finan-

tem muss auf die internationalen Ent-
VP begrüsst eine gesamtschweizerische
er Hochschulen nach Standardwerten.
er hohe Autonomie zugestanden wer-
rien formulieren sowie die Gebühren-
ber bewirtschaften dürfen.

nnen zukünftig vermehrt zur Wert-
Erfolg der Schweiz beitragen. Die SVP
ortung für die Studienwahl übertragen
sch-naturwissenschaftliche Bereich so-
stärken. Die SVP fordert zudem, dass
ulen vollumfänglich steuerlich begüns-
Drittmitteln und den entsprechenden
recht werden die Unabhängigkeit und
eit der Hochschulen zusätzlich gestärkt.

muss auf allen Stufen nach anerkan-
n evaluiert werden. Die SVP verlangt,
hochschulen in Lehre und Forschung im-
eregelt sind. Die Leistungen werden
Volkswirtschaft und Gesellschaft über-
n an entsprechende Kriterien geknüpft.

erischer Prägung gehört zu den quali-
weltweit. Die SVP verlangt, dass der
nt in der Berufsbildung erhalten bleibt.
hrbetriebe müssen vermieden und Un-
steuerlich entlastet werden. Auch eine
fslehrerbildung muss vermieden wer-
Praktikum Voraussetzung für den Zu-

gang an die Fachhochschulen bleiben. Mit der Einführung des ECVET-Kredit-
punktesystems wird die praktische Erfahrung stärker gewichtet. Schliesslich
muss Absolventen einer höheren Berufsbildung und der höheren Fach-
prüfungen ein angemessener Zugang zu den Fachhochschulen gewährt wer-
den.



Innovation ist noch kein Erfolg – eine Wissensgesellschaft nicht zwin-
gend eine erfolgreiche Gesellschaft. Die Forschung hat darum besorgt zu
sein, dass die Beiträge der öffentlichen Hand bei der Aufwand- und Ertrags-
beurteilung positive Ergebnisse aufzeigen. Die SVP verlangt, dass alle mit
öffentlichen Mittel finanzierten Forschungsprogramme und –projekte von
Beginn bis zum Abschluss mittels Indikatoren und Qualitätsbeurteilungen
ihren Wert und ihren Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes und
des Arbeitsplatzes Schweiz ausweisen. Die vorhandenen Mittel müssen stär-
ker auf wachstumsrelevante Bereiche konzentriert und der return on invest
transparent ausgewiesen werden.



Es ist unbestritten, dass Forschung Nachwuchs benötigt. Die SVP ver-
langt aber, dass bei geförderten Doktoraten verstärkt auf die fachliche Eig-
nung und die beruflichen Zielsetzungen geachtet wird. Die arbeitsrechtli-
chen Regelungen müssen flexibilisiert werden und nach OR erfolgen. Hin-
gegen müssen administrative und strukturelle Behinderungen in der For-
schung abgebaut werden.



Forschungsergebnisse ohne konkrete Anwendungen sind vielfach nutz-
los. Die SVP verlangt, dass der Wissenstransfer zwischen Hochschulen, For-
schungsinstituten und Wirtschaft gestärkt wird. Die KTI soll nicht nur Inno-
vationen vermarkten, sondern verstärkt auf Produktentwicklung in den KMU
und Markteinführung hinarbeiten. Ihre Arbeit muss auf den return on invest
evaluiert und Erfolge wie auch Misserfolge transparent ausgewiesen wer-
den.



Die Forschung der Zukunft ist in vielen Bereichen grenzübergreifend.
Die SVP fordert, dass eine schweizerische Beteiligung an internationalen
Forschungsprogrammen auf ihren Nutzen für die Schweiz überprüft wird.
Bildung und Forschung müssen auf den internationalen Wettbewerb ausge-
richtet werden. Eine Beteiligung oder einseitige Ausrichtung aus rein politi-
schen Gründen ohne entsprechenden return on invest für die Schweiz ist zu
unterlassen. Eine projektbezogene Beteiligung am 7. EU Forschungsrahmen-
programm ist einer Vollbeteiligung vorzuziehen.

Auf in die Skiferien - mit der trendigen **SVP-Sonnenbrille!**

..... Expl. Sonnenbrille	rot, mit CH-Kreuzen und drei versch. Gläsern	Fr. 129.--
..... Expl. Seiden-Foulard	Stilvoll und diskret für die Partei werben!	Fr. 79.--
..... Expl. Sitzungsmappe	schwarzes Kunstleder, A4, diskrete Logo-Prägung	Fr. 49.--
..... Expl. Pin	ab 10 Stk./Fr. 4.--	Fr. 5.--
..... Expl. Polo-Shirt	<input type="checkbox"/> dunkelblau <input type="checkbox"/> weiss / Grösse (S, M, L, XL)	Fr. 40.--
..... Expl. Post-it	Block à 50 Blatt	Fr. 2.--
..... Expl. Offiziersmesser	Original Victorinox	Fr. 20.--
..... Expl. Kleber	Bogen à 35 Kleber	Fr. 6.--
..... Expl. Jass	<input type="checkbox"/> französisch <input type="checkbox"/> deutschschweiz	Fr. 3.--
..... Expl. Ballone	Sack à 50 Stück	Fr. 40.--
..... Expl. Kugelschreiber		Fr. 2.50



Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Telefon Mail

Ort Datum Unterschrift

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern, per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Die Wettbewerbs-Gewinner aus der Ausgabe Nr. 12 / 2005

Ein elegantes SVP-Foulard gewonnen haben:

H. Schenk, Sumiswald / Marie Aeschlimann, Madetswil / Silvia Schneider, Thalheim

Gesucht wurde Nationalrat Hans Rutschmann (ZH)



Wettbewerb

Welcher eidg. Parlamentarier verbirgt sich hinter diesem Bild?



Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 3 elegante SVP-Kravatten

**Kleiner Tipp:
Der gesuchte Parlamentarier ist in dieser Ausgabe abgebildet.**

Lösung

Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern, per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Einsendeschluss: Freitag, 10. Februar 2006

Hard cases make bad law

Eines der grössten Übel unserer Zeit ist die scheinbar unaufhaltsame Flut an Gesetzen und Paragraphen. Die staatliche Regulierungswut schränkt die Freiheit der Bürger immer mehr ein, behindert die Wirtschaft und führt zu einer zunehmenden Rechtsunsicherheit. Gegen diese Tendenzen gilt es entschieden anzukämpfen.

„Hard cases make bad law“, stellte der amerikanische Rechtsgelehrte Oliver Wendell Holmes einst fest. Das heisst: Bei der Schaffung von Gesetzen, aber auch bei der Rechtsprechung soll man sich am Durchschnittsfall orientieren, weil Extremfälle zu Rechtsansichten verleiten, welche im Normalfall zu unerwünschten Ergebnissen führen. Oder anders gesagt: Passiert ein Einzelfall, so darf man nicht der Versuchung erliegen, ein Gesetz zu machen, welches genau auf diesen Fall passt. Vielmehr muss – wenn wirklich Bedarf besteht – eine Regelung geschaffen werden, welche auf eine grosse Zahl von Fällen Anwendung finden kann und zum erwünschten Ergebnis führt.

Problematische anglo-amerikanische Rechtseinflüsse

Es ist leider eine Tatsache, dass die Politiker immer wieder den genannten Fehler machen und aufgrund einzelner Ereignisse in Hektik und Aktionismus verfallen, was regelmässig zu schlechten Gesetzen führt. Der Gesetzgeber ist schlecht beraten, wenn er sich von der Tagesaktualität, spontanen Emotionen, aber auch internationalen Tendenzen leiten lässt. Zunehmend problematisch gestalten sich namentlich die Rechtseinflüsse aus dem anglo-amerikanischen Recht. Solche Erlasse und Regelungen sind in der Regel systemfremd und für Schweizer Verhältnisse entsprechend

schwierig nachvollziehbar. Zur Zeit sind solche Einflüsse namentlich im Bereich des Wirtschaftsrechts (Regulierung des Finanzplatzes, Corporate Governance) spürbar.

Mit Blick auf die zentralen Voraussetzungen für einen funktionierenden Kapitalmarkt will etwa der Sarbanes-Oxley Act (SOA) die Verantwortlichkeiten der Unternehmensführung regeln und eine transparente Rechnungslegung der Unternehmungen sowie eine verlässliche Arbeit der Wirtschaftsprüfer garantieren. Der SOA wurde am 30. Juli 2002 von der US-Regierung erlassen. Anlass für diesen Erlass waren die zahlreichen Unternehmenszusammenbrüche (z.B. Enron, WorldCom) und Bilanzskandale. Aufgrund dieser Ereignisse wurde der SOA als schnelle Reaktionsmassnahme mit beachtlicher Geschwindigkeit beschlossen. So unbestritten die Ziele des SOA sind, so heikel und auch fragwürdig sind die Auswirkungen dieses weit reichenden Rechtserlasses. Es ist unverkennbar: Auch dieses Gesetz wurde viel zu schnell erlassen und stützt sich viel zu sehr auf Einzelfälle.

Denunziantentum wird staatlich gefördert

Auch die Regelung des sog. „whistle blowing“ fusst auf dem Sarbanes-Oxley Act: Jeder Mitarbeiter soll auf anonymer Basis melden können, wenn ein Arbeitskollege gegen Gesetze oder Code of Ethics verstösst, ohne dass er

negative Konsequenzen befürchten muss. Dies führt zur Notwendigkeit eines zivilrechtlichen Schutzes vor Mobbing, Strafen sowie vor Kündigung. Bei nachteiliger Behandlung von Mitarbeitern drohen den Vorgesetzten gar strafrechtliche Konsequenzen. Solch offizialisiertes Denunziantentum ist dem Schweizer Recht völlig fremd. Es kann nicht zuletzt dazu führen, dass ein von Kündigung bedrohter Mitarbeiter spontan eine Meldung macht und so für seinen Arbeitgeber faktisch jede Entlassung verunmöglicht, wenn dieser nicht selber Kopf und Kragen riskieren will.

Ohne Not hat der Schweizer Gesetzgeber derartige Unsitten bereits übernommen. So verfügt etwa das neue Kartellgesetz über eine sog. „Kronzeugenregelung“. Das heisst: Wenn ein Unternehmen an der Aufdeckung und Beseitigung einer rechtswidrigen Wettbewerbsbeschränkung mitwirkt, kann es ganz oder teilweise von der Sanktion befreit werden. Diese Regelung soll dazu anregen, nicht nur aus bestehenden Kartellen auszutreten, sondern diese der Wettbewerbskommission auch zu melden. Wer die Meldung zuerst macht, kann mit Strafmilderung oder Strafbefreiung rechnen. Ist es denn wirklich in Ordnung, dass jemand, welcher eine Rechtswidrigkeit begeht und dann seine Kameraden verpfeift unter dem Strich noch belohnt wird..?

Die Liste unzulänglicher Gesetze könnte beliebig verlängert werden. Der Fehler ist



► Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP

stets derselbe: Das Parlament reagiert zu schnell, auf Druck der Presse oder aus einer aktuellen Emotion heraus.

Zuerst überlegen, dann handeln

Nehmen wir uns den Kanton Appenzell-Innerrhoden zum Vorbild: Was an einer Landsgemeinde nicht verabschiedet wird, kommt erst im nächsten Jahr wieder vors Volk. Und es kommen immer nur so viele Vorlagen, wie an einer Landsgemeinde Platz haben. Ab und zu überlegt man halt besser noch einmal, statt dass man übereilig etwas beschliesst. Oder wie es Montequieu gesagt hat: „Wenn es nicht unbedingt nötig ist, ein neues Gesetz zu schaffen, ist es unbedingt nötig, kein neues Gesetz zu schaffen!“ ◀

Inserat

Erfolg ist planbar. Wie? Die Gratisbroschüre

„Das Erfolgsgeheimnis“

gibt Auskunft. Sofort anfordern!

Von Hans Müller, Heimatweg 1, 5040 Schöftland

Rock Café "Federal"

Politdiskussion mit **Konzert**
von und für **Jugendliche**.

*Sag deine Meinung und stell deine Fragen,
weil Politik auch deine Zukunft verändert !*

Datum: **Freitag, 27. Januar 2006**

Zeit: ab 20:15 Uhr

Wo: **GARAGE-CLUB** www.lex-power.ch
bei Alex Halter, Industriestrasse, Giswil

Referenten aus verschiedenen politischen Lager

- Was bringt das neue Steuergesetz uns Jungen ?
- Neulenker: Teure Angelegenheit?
- Jugendverschuldung

Ab 22:00 Uhr bis 02:00 Uhr

- Barbetrieb (Alkohol nur mit Ausweis).
- Konzert mit "www.Polution.ch" aus dem Moutathal.
- Cheli- und Älplermagronenstand.



Impressum SVPja

Herausgegeben von der
Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheint 12 Mal im Jahr

Verantwortlich für die Redaktion:

Simon Glauser, Chefredaktor

Anzeigenverwaltung:

Simon Glauser, Telefon 031 300 58 53,

Fax 031 300 58 59, svpja@svp.ch

Postadresse:

Generalsekretariat SVP

Brückfeldstrasse 18

Postfach 8252

3001 Bern

Telefon 031 300 58 58

Fax 031 300 58 59

Mail svpja@svp.ch

Abonnementspreise:

Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.-
Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

Bankverbindung:

Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

Verlag Zofinger Tagblatt

Henzmannstrasse 18

4800 Zofingen

Telefon 062 745 93 93

Fax 062 745 93 49

Adressänderungen:

siehe Adresse "Druck" oder Mail an zollinger@svp.ch

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahrten Spass macht.

Stadler Bussnang AG
CH-9565 Bussnang
Telefon +41 (0)71 626 20 20
E-Mail stadler.bussnang@stadlerrail.ch
www.stadlerrail.com





Kantone senken Steuern

Zwei Drittel aller Kantone senken ihre Steuern. Die Notwendigkeit, im interkantonalen Wettbewerb zu handeln, besteht offensichtlich. Basel-Stadt kann sich nicht länger erlauben, hier abseits zu stehen.

Seit Jahren vernimmt man aus bürgerlichen Kreisen den Wunsch nach weniger Steuern. Im Kanton Basel-Stadt ist diesbezüglich seit sehr langer Zeit nichts geschehen. Die beiden letzten Änderungen betrafen die Abschaffung der Erbschaftssteuern für direkte Nachkommen – ein Gebot infolge gesamt schweizerischer Umsetzung – und eine Verlagerung des Steuersubstrates zwischen Riehen und Basel. Eine substantielle Erleichterung in der Steuerhölle Basel-Stadt gab es nicht. Die Abgaben und Gebühren haben sich erhöht. Der Bürger hat weniger im Portemonnaie.

Die Steuern wurden erhöht durch Verschärfung der Praxis, genannt sei hier die Abschaffung der Steuerfreiheit bei Unternehmensverkäufen (i.d.R.). Der überaus grösste Teil der Steuerentscheide geht zu Lasten des Steuerpflichtigen und verschärft die Situation; im Zweifel pro fisco. Aus dieser Situation heraus kommt die Basler SVP mit

ihrer Initiative, um die Steuern zu senken. Damit würde sich das schlechte „Steuer-rating“ verbessern und Basel wäre nicht mehr im Schlusslicht, sondern vorne im schlechten Drittel, also immer noch deutlich unter dem Schweizer Steuermeridian.

Basel hat ein sehr hohes Steueraufkommen pro Einwohner und nimmt ca. 50% mehr ein pro Einwohner als Basel-Land. Trotzdem sind wir nicht in der Lage, unsere Staatsfinanzen im Griff zu haben.

Basel-Stadt hat pro 2006 ein Defizitbudget (über 50 Mio.) beschlossen, obwohl die Steuereinnahmen infolge Wirtschaftswachstum nur so sprudeln. Jedes Jahr erhöhen wir die Ausgaben. Die Schuldenbremse ist gar keine, sondern Möglichkeit der Regierung, laufend die Ausgaben zu erhöhen - nur das Wachstum ist begrenzt. Die Schulden nehmen zu. Die Verschuldung pro Einwohner hat sich in den letzten 10 Jahren von

CHF 15'000 auf CHF 20'000 erhöht; eine stattliche Zahl. Wir benötigen eineinhalb Jahre an Einnahmen, um alle unsere Schulden zu tilgen. Eine massvolle Senkung der Abgaben liesse die Einnahmeausfälle problemlos absorbieren. Als Beispiel könnten wir die staatliche Pensionskasse auf das Niveau wie in Basel-Land hinunterfahren, womit die Ausfälle der Steuersenkungsinitiative abgedeckt wären.

Die starken Verbände der Staatsangestellten lassen dies aber nicht zu. In Basel nehmen die Personalausgaben permanent zu und die Einwohner ebenso permanent ab. Mit der Initiative soll der Exodus vermindert werden. Wir brauchen ein besseres Basel. Mit der Verknappung der Mittel ist der Staat auf ein sinnvolleres Niveau zu senken.

Ohne Steuersenkungen werden weiter attraktive Steuerzahler, genannt seien hier die Herren Ospel und Humer als letztbekannte prominente Abgänger, Basel-Stadt verlassen. Basel verliert das Bürger-tum. Die Zuzüger, welche den Exodus nur teilweise kompensieren, prägen eher Basel als A-Stadt (arme Leute, ältere Leute, Ausgesteuerte, etc).



► Dr. iur. Bernhard Madörin, Vizepräsident Basler SVP

Aufgrund unserer attraktiven Sozialleistungen breitet sich auch ein gewisser Sozial-tourismus aus. Für die Linke bedeutet dies ein Zuwachs an Wählern, was die jüngsten Wahlergebnisse zeigen; eine nachhaltige Entwicklung ist dies jedoch nicht.

Ich bin der Überzeugung, dass mit attraktiveren Steuern sich die Entwicklung in Basel verbessert. ◀

Nicht vergessen!
SVP-Delegiertenversammlung
Samstag, 4. Februar 2006
Sport + Freizeit Center Rex
in Stans

Grundsatz wird mehr und mehr ausgehöhlt

Geht es nach dem Bundesrat, gibt es mit der Unternehmenssteuerreform II zusätzlichen, sinnlosen Verwaltungsaufwand. Plötzlich kann ein Angestellter als Wertschriftenhändler besteuert werden.

K. kauft ein Haus für 540'000 Fr., belehnt es mit einer Hypothek von 300'000 Fr.. Anfangs Jahr besitzt er Wertschriften für 60'000 Franken, vor allem vor zwei Jahren gekaufte Roche Aktien, die in einem Jahr satte 45% an Wert zugelegt haben. K. will ein kleines Gewächshaus bauen und verkauft die Hälfte seiner Aktien mit 20'000 Franken Gewinn – heute (noch) steuerfrei. Werden hingegen die Vorschläge des Bundesrates für die Unternehmenssteuerreform II umgesetzt, muss K. seinen Kapitalgewinn als Einkommen versteuern – und ist plötzlich quasi Wertschriftenhändler. Das auch, wenn er angestellt ist.

Um mehr Steuern einzunehmen, haben sowohl die eidgenössische Steuerverwaltung wie auch die kantonalen Steuerverwaltungen den Grundsatz des steuerfreien Kapitalgewinns im Verlaufe der Jahre mehr und mehr ausgehöhlt. Das gilt namentlich beim Verkauf von Wertschriften des Privatvermögens. Erfüllt ein Steuerpflichtiger gewisse Kriterien, wird er in der Terminologie der Steuerverwaltungen zum „Quasi-Wertschriftenhändler“. Weil Kapitalgewinne in diesen Fällen als Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit gelten, muss der Steuerpflichtige auch noch AHV Beiträge bezahlen. Damit werden Kapitalgewin-

ne in gewissen Fällen mit insgesamt über 50% besteuert.

Das will der Bundesrat

Im Rahmen der Unternehmenssteuerreform II schlägt der Bundesrat vor, am Grundsatz der Besteuerung von Kapitalgewinnen in Fällen des „Quasi-Wertschriftenhandels“ festzuhalten. Wer Wertschriften mit Fremdmitteln finanziert und diese weniger als fünf Jahre behält, muss beim Verkauf erzielte Gewinne als Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit versteuern. Wertschriften gelten als fremd



Kurzportrait

Nicolas von Werdt, 46jährig, verheiratet, zwei Kinder, ist Rechtsanwalt in Bern und nebenamtlicher Bundesrichter. Rechtsstudium an den Universitäten Bern und Cornell (New York), Doktorat an der Universität Bern, später juristischer Mitarbeiter bei der Schweizerischen Bundesanwaltschaft. Seit 1991 als Anwalt tätig, seit 2001 nebenamtlicher Bundesrichter in Lausanne. Präsident einer Vormundschafts- und Fürsorgebehörde. Generalstabsoffizier. Ersatzrichter am Militärkassationsgericht.

Sinnlos Beamte beschäftigen?

Die am 5. November 1999 eingereichte Volksinitiative «für eine Kapitalgewinnsteuer» wurde am 25. Oktober 2000 vom Bundesrat, am 22. Juni 2001 von der Bundesversammlung und am 2. Dezember 2001 von Volk und Ständen abgelehnt. Das Volk will keine Besteuerung von Kapitalgewinnen auf privaten Wertschriftenvermögen.

Die Kapitalgewinnsteuer hat sich in der Schweiz nie durchsetzen können. Selbst in den 60er und 70er-Jahren - in einer Zeit als praktisch wahllos neue Steuern eingeführt wurden - hatte nicht einmal die Hälfte der Kantone eine solche Steuer. Auch im Ausland sind allgemeine Kapitalgewinnsteuern keineswegs die Regel. Denn die Veranlagungskosten sind erheblich und die Erträge vergleichsweise gering. Die Ermittlung von Gewinnen auf beweglichem Privatvermögen ist oft äusserst komplex. Im üblichen Wertschriftenverzeichnis fehlen die wesentlichen Informationen. Die Bestimmung der für die Berechnung des Gewinns entscheidenden Gestehungskosten ist nicht zuletzt im Falle von Umstrukturierungen, Kapitalerhöhungen, Zuteilung von Gratisaktien, Erwerb in mehreren Tranchen usw. äusserst aufwändig. In denjenigen Kantonen, die Mitte der 80er-Jahre noch über eine Kapitalgewinnsteuer verfügten, beliefen sich die Erträge aus derselben zwischen 0.08% und 0.57% der gesamten Steuereinnahmen, und das in Jahren, als es an der Börse aufwärts ging!

Obwohl der Bundesrat keine allgemeine Kapitalgewinnsteuer einführen will, geht er offenbar davon aus, die Besteuerung des „Quasi-Wertschriftenhandels“ werde letztlich für den Staat einen Ertrag abwerfen. Ich wage demgegenüber die Aussage, dass die selektive Besteuerung von Kapitalgewinnen auf beweglichem Privatvermögen bestenfalls erfolgsneutral ausfallen wird. Die Steuerverwaltungen werden zusätzliche Steuerbeamte anstellen und beschäftigen müssen, ohne dass dem Staat etwas übrig bleibt. Das kann wahrlich keine Rechtfertigung für die Besteuerung von privaten Kapitalgewinnen sein!

finanziert, wenn mindestens 20% des Kaufpreises mit Fremdkapital erfolgt. Ob die Fremdfinanzierung unmittelbar mit dem Kauf der Wertschriften zusammenhängt (z.B. Lombardkredit) oder durch eine auf einem Grundstück lastende Hypothek erfolgt, spielt keine Rolle.

K. hat ein Vermögen von 600'000 Franken – das allerdings mit 300'000 Schulden belastet ist. Gemäss Bundesrat ist sein Vermögen zur Hälfte fremd finanziert. Damit wird die vorgeschlagene Schwelle von 20% überschritten. Weil er seine Roche Aktien nach zwei Jahren mit Ge-



winn verkauft, gilt dieser wegen dem fiktiven Anteil an Fremdfinanzierung als Einkommen und wird besteuert! Hat das etwas mit gewerbmässigem Wertschriftenhandel zu tun?

In die gleiche Falle tappt, wer während eines Steuerjahres einen Verkaufserlös - nicht Gewinn! - aus Wertschriften von mindestens 500'000 Fr. erzielt und damit die zu Be-

ginn des Jahres vorhandenen Wertschriften wertmässig (Steuerwerte am Ende des Vorjahres) mindestens zweimal umschlägt. Auch unter diesen Umständen sollen die Nettogewinne als Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit gelten. Weshalb soll die Grenze beim zweifachen Umschlag gesetzt werden? Die eidgenössische Steuerverwaltung will gemäss ihrem letzten Kreisschreiben

erst dann besteuern, wenn der jährliche Umschlag das Fünffache des Wertschriftenvermögens überschreitet? Dieses Beispiel zeigt, wie willkürlich solche Zahlen sind und nichts mit gewerbmässigem Wertschriftenhandel zu tun haben.

Nach dem bundesrätlichen Vorschlag können Kapitalverluste vom Einkommen abgezogen werden, aber nur wenn die Kriterien des „Quasi-Wert-

schriftenhandels“ erfüllt sind. Ein Verlustvortrag kommt auch nur dann in Frage, wenn im folgenden Jahr die Kriterien des Quasi-Wertschriftenhandels wieder erfüllt werden. Verluste, die ein Steuerpflichtiger erleidet, ohne die Kriterien zu erfüllen, bleiben wie bisher unberücksichtigt. ◀

Ihre langfristige Investition für eine bürgerliche Politik



STIFTUNG
FÜR BÜRGERLICHE
POLITIK

Zur finanziellen Unterstützung ihres Einsatzes für eine neutrale unabhängige Schweiz, für eine geradlinige Ordnungspolitik und für einen gesunden Staatshaushalt hat die SVP die „Stiftung für bürgerliche Politik“ ins Leben gerufen. Die Stiftung bezweckt, die Partei mit den Anlageerträgen des Stiftungsvermögens in der politischen Grundlagenarbeit und Meinungsbildung auf Bundesebene finanziell zu unterstützen. Mit Ihrer Spende oder Ihrem Legat können Sie auch über Ihr eigenes Leben hinaus die SVP und deren bürgerliche Politik unterstützen.

Auskünfte zur Stiftung wie auch über die Errichtung eines Legates bzw. Vermächtnisses erteilt Ihnen gerne der Stiftungsratspräsident, Nationalrat Hans Kaufmann, Niederweg 18a, 8907 Wettwil, oder Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern (Tel. 031/300'58'58).

Kalender 2006

Klassiker der politischen Werbung

**Der ultimative
Politik-Jahreskalender 2006*
mit allen herausragenden
Abstimmungs- und
Wahlplakaten der letzten Jahre
(inkl. «Messerstecher-Insert»).**

*inkl. kantonale und eidgenössische Abstimmungsdaten



Ich bestelle ... Exemplar(e) des Kalenders 2006 «Klassiker der politischen Werbung» (4farbig, hochglanz, Format 33x48 cm) zum Preis von Fr. 42.-- pro Exemplar inkl. Versandkosten und MwSt.

Nachname _____

Vorname _____

Adresse _____

PLZ _____

Ort _____

Unterschrift _____

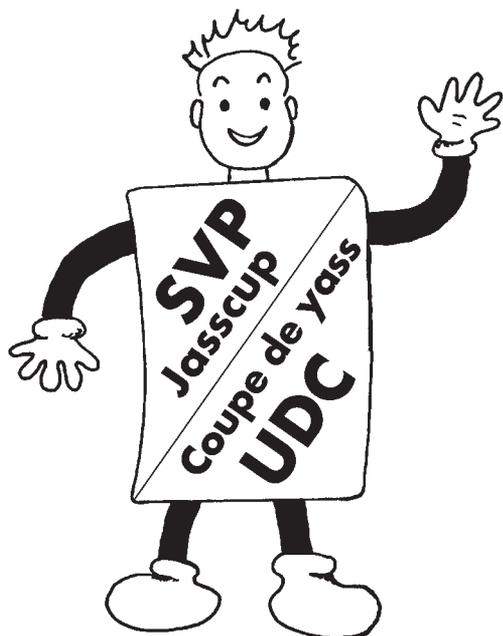
Bitte senden oder faxen an:
GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Postfach
8600 Dübendorf 1
Fax: 043 499 24 01

Erfolgreiche politische Werbung bewegt, entfacht Diskussionen und überzeugt. Zusammen mit unseren Auftraggebern entwickeln wir seit Jahren solche Kampagnen. Daraus entstehen Plakate, die zu den Klassikern der politischen Werbung zählen.

Den Freunden pointierter politischer Kommunikation stellt GOAL AG nach dem Erfolg im Jahr 2005 nun 12 weitere Höhepunkte der politischen Werbung als Jahreskalender zur Verfügung. Die einmalige Edition bietet einen spannenden Überblick über die bewegendsten Abstimmungs- und Wahlkämpfe der letzten Jahre.

Bestellen Sie noch heute. Limitierte Auflage!

Die SVP Baselland lädt unter der Leitung von Landrat Thomas de Courten alle Jassfreunde ganz herzlich ein zum



6. Nationalen SVP Jasscup

mit der SVP-Fraktion
sowie den Jassexperten
Albert und Helen Hagenbucher,
Humlikon

Samstag, 25. Februar 2006

Türöffnung 09.00 Uhr / Beginn 10.30 Uhr

Militärkaserne Liestal (BL)

Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger sowie viele attraktive Preise!



**Jetzt
anmelden!**

Anmeldetalon

Schieber mit zugelostem Partner

- deutschschweizer Karten
 französische Karten

Name: Vorname:

Adresse:

PLZ: Ort:

Telefon: Mail:

Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP - Brückfeldstrasse 18 - Postfach 8252 - 3001 Bern
Telefon 031 300 58 58 - Fax 031 300 58 59 - Mail kuerschner@svp.ch